

SPD demokratischer pressediens

F/XXXI/189

1. Oktober 1976

Bilanz des Wahlkampfes

Die SPD hat ihre Glaubwürdigkeit bewiesen

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Seite 1 und 2 / 59 Zeilen

SPD-Frauen schafften beim Wahlkampf den Durchbruch

Diese Leistung darf im Partei Alltag nicht untergehen

Von Marie Schlei MdB
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Seite 3 / 27 Zeilen

Arbeitsmarkt bewegt sich in positiver Richtung

Der Aufschwung ist zur Selbstverständlichkeit geworden

Von Egon Lutz MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und
Sozialordnung

Seite 4 / 42 Zeilen

Image-Harakiri auf dem Bildschirm

Der "schwarze Riese" schrumpfte in der TV-Diskussion
auf Kleinformat

Seite 5 / 45 Zeilen

Die Rechnung für Biedenkopfs Demagogie

CDU-Betriebsrat verließ unter Protest die Kohl-Partei

Von Hermann Heinemann
Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen und
Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 6 und 7 / 54 Zeilen

Ein Kämpfer für Freiheit und Demokratie

Der Sozialdemokrat Fritz Eberhard wird 80 Jahre

Seite 8 / 40 Zeilen

Chefredaktor: Dr. Erhardt Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Fresshaus 4, Zimmer 217-224
Telefon: 22 50 37 - 58
Telex: 08 06 846-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Bilanz des Wahlkampfes

Die SPD hat ihre Glaubwürdigkeit bewiesen

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Wahlkampf geht zu Ende. Gelegenheit also, Bilanz zu ziehen. Vorweg läßt sich gewiß sagen: Die Sozialdemokratische Partei hat sich in dieser Auseinandersetzung bewährt. Sie hatte es zu tun mit einem politischen Gegner, dessen strategische und taktische Überlegungen darauf abgestellt waren, die politische Bühne von den wirklichen Problemen, über die eine Auseinandersetzung gelohnt hätte, freizufegen. Stattdessen sollte eine Scheinwirklichkeit vorgestellt werden, um dem Publikum die Berechtigung der Scheinalternativen glaubhaft zu machen, mit denen CDU und CSU das Klima dieses Wahlkampfes zu bestimmen suchten.

Gleichzeitig wurde versucht, auch optisch eine Scheinwelt vorzuführen. Es war geradezu gespenstisch anzusehen, wie sehr die CDU bemüht war, bis in die Details der Sichtwerbung und Anzeigenkonzeption hinein das nachzuvollziehen, was zuvor von der Union semantisch in bezug auf die Übernahme von Sprache und Begriffen der SPD versucht worden war: nämlich sich wie ein Chamäleon an die von den Sozialdemokraten geprägte politische Landschaft anzupassen. Dazu gehörte: Sprache und Begriffe des politischen Widersachers ihres eigentlichen Sinnes zu berauben, um sie mit beliebig wechselnden Inhalten füllen zu können. Zynismus in einer technisch beeindruckenden Ausprägung.

Verfolgt man es zurück, dann begann der Wahlkampf der CDU mit einer Grundsatzrede ihres Generalsekretärs Biedenkopf vor der Katholischen Akademie in München. Darin war bereits angelegt, was später in die Formel "Freiheit oder/anstatt" mündete. Aber in der Politik ist für Markenartikelwerbung - und sei sie psychologisch noch so geschickt angelegt - nur bedingt Raum. Mindestens darf nicht unterschätzt werden, daß gegen den unverhohlenen

Mißbrauch durch werbewirksame Massenbeeinflussung eine Gegenöffentlichkeit mobilisiert werden kann, der mit Tricks allein nicht beizukommen ist.

Gleichzeitig hatte die Union unterschätzt, daß die eigentlich tragende Formel ihres Wahlkampfes, mit der der scheinbar sprachlos gemachte Gegner mattgesetzt werden sollte, eine insgesamt kontra-produzierende Wirkung hatte. Denn das derart feingeponnene Netz wurde von den eigenen Parteigängern zerstört, die tatsächlich geglaubt haben mochten, hier ginge es um einen Kreuzzug von und nach rechts. Diese Strategie scheiterte und in ihr ein wesentlicher Teil der Kampagnen, die der deutschen Sozialdemokratie die soziale und freiheitliche Kompetenz bestreiten sollten.

Der größte Fehler der Unions-Führung in diesem Wahlkampf also war es, die ungebrochene Kraft der deutschen Sozialdemokraten und ihre Fähigkeit, gemeinsam und wirksam zu handeln, völlig zu unterschätzen. Die SPD hat sich insgesamt von ihrem Wahlkampfkonzept des Argumentierens nicht abbringen lassen. Sie hat zumal nicht den Wettkampf der Beschimpfungen angenommen, sondern auf die Vernunft gesetzt. Dies wurde erleichtert durch die objektiven Leistungen der Bundesregierung unter Helmut Schmidt. Die SPD konnte sowohl sachlich als auch personell gut gerüstet in die Auseinandersetzung mit einem politischen Gegner gehen, der dem nichts Entsprechendes entgegensetzen konnte.

Insgesamt war dieser Wahlkampf aber ein Lehrstück auch für Machtverhältnisse in unserem Lande, die sich nicht einfach aus Wählerstimmen ablesen lassen. Die SPD wird daher noch manche neue und wiederholte Erfahrung sorgfältig zu prüfen haben. Dies geht alle Sozialdemokraten an, denn es sind Erfahrungen, die sie gemeinsam gemacht haben. Am Abend des 3. Oktober dürfte sich zeigen, daß dieser Wahlkampf zugunsten derer entschieden wurde, die sich ihre moralische und geistige Kompetenz nicht haben wegreden lassen. Glaubwürdigkeit muß der Kompaß auch für die kommenden Jahre sein.

(-/1.10.1976/va/pr/ee)

+ + +

SPD-Frauen schafften beim Wahlkampf den Durchbruch

Diese Leistung darf im Partei Alltag nicht untergehen

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Noch ist es zu früh, den Einsatz der vielen hunderttausend Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der deutschen Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf abschließend zu würdigen. Gleichwohl drängt sich für den, der in den letzten Wochen und Monaten zwischen Bremerhaven und Garmisch-Partenkirchen, zwischen Fritztal und Saarbrücken um Vertrauen warb, ein Eindruck besonders stark auf: die Leistung und Arbeit der oftmals belächelten "Partei-Frauen".

In den vielen, von den jeweiligen Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Frauen (AsF) organisierten Veranstaltungen, bei denen ich dabei sein durfte, wurde etwas spürbar, ja fast greifbar deutlich, das es bisher so nicht gegeben hat: ein Selbstbewusstsein und eine Zuversicht, die davon zeugen, daß hier ein neues Selbstverständnis gewachsen ist.

Es ist ganz unbezweifelbar: Die seit Jahrzehnten unterrepräsentierte weibliche Minderheit der Partei hat in diesem Wahlkampf einen neuen Anfang gesetzt, den man getrost als Durchbruch bezeichnen kann. AsF ist in diesen Monaten zum Gütesiegel sozialdemokratischer Selbstdarstellung geworden. Die vielen Mitbürger aller Altersschichten, die bei tausenden Veranstaltungen, Kaffeetafeln usw., Diskussionsrunden sowie an Informationsständen der AsF oft zum ersten Mal einen Eindruck von der örtlichen Sozialdemokratie erhielten, machten dabei die gute Erfahrung, daß in der großen, alten und ehrwürdigen SPD nicht anders als in der Wirklichkeit unserer Gesellschaft Menschen arbeiten, die das Gute bewahren und das Bessere erreichen wollen.

Mir liegt daran, ein auf eigene Erfahrung und viele herzwärmende Erlebnisse gegründetes Wort des Dankes zu sagen und schon jetzt - notfalls auch streitbar - darauf hinzuweisen, daß diese großartige Leistung aus den Tagen des Wahlkampfes nicht im Partei Alltag untergehen darf. Zum Dank muß jetzt auch die verdiente Anerkennung in Ämtern, Funktionen, Aufträgen und Mandaten kommen - weil Frauen bewiesen haben, daß sie es können.

(-/1.10.1976/va/pr/ee)

Arbeitsmarkt bewegt sich in positiver Richtung

Der Aufschwung ist zur Selbstverständlichkeit geworden

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Wieder einmal wurde dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, die Schau gestohlen. Einen Tag früher und höchst inoffiziell erfuhr das Bundesvolk, daß die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit zwei Jahren unter die 900.000-Grenze gesunken sei. Jetzt kam die amtliche Bestätigung: Die Zahl der Arbeitslosen ist um nahezu 41.000 auf nunmehr 898.701 reduziert worden. Die Arbeitslosenquote liegt jetzt bei 3,9 (im Vormonat 4,1) vH. Die Kurzarbeit stieg geringfügig auf 93.500 registrierte Arbeitnehmer an. Der Bestand an offenen Stellen sank um 30.703 auf nunmehr 233.119. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen vermehrte sich wider Erwarten nur geringfügig und liegt nunmehr bei 96.000. Es wurden weniger arbeitslose Schwerbehinderte gezählt (29.441) und mehr arbeitslose Frauen (462.380). Beide Daten verändern die Statistik nur in Bruchteilen von Prozenten.

Die Lage auf den Teilarbeitsmärkten ist durchweg positiv. Gegenüber dem September letzten Jahres konnte die Arbeitslosigkeit in den Metallberufen um 34,3 vH abgebaut werden, bei den Textil- und Bekleidungsberufen um immerhin 24,5 vH und im Baugewerbe gar um 43,9 vH. Aus der Reihe tanzen wieder einmal die Büro- und Verwaltungsberufe, die gegenüber dem Vorjahresmonat noch ein Plus von 9,1 vH zu verzeichnen haben. Zugenommen hat auch die Zahl der arbeitslosen ausländischen Beschäftigten, wenn auch nur um über knapp 2.000. Die Arbeitslosenquote liegt für diesen Personenkreis bei 3,8 vH. Nahezu gleich geblieben ist die Zahl der teilzeitarbeitssuchenden Arbeitnehmerinnen, sie pendelt jetzt bei nahezu 159.000.

Soweit das neueste Stinglache Zahlenwerk vom September. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit kam nicht unerwartet. Erfreulich ist er natürlich, und ein sicheres Indiz dafür, daß sich diese Entwicklung auch im Oktober fortsetzen wird. Die Arbeitsverwaltung wartet gespannt darauf, wie sich der Bestand an offenen Stellen nach dem 3. Oktober entwickeln wird. Politisch motivierte Rücksichten können durchaus das Bild der Statistik verdüstert haben.

Das Problem der Kurzarbeit ist nach wie vor keines mehr. Der leichte Anstieg ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß nunmehr in allen Bundesländern die Ferienzeit vorüber ist und die Betriebe wieder voll arbeiten. Kopfzerbrechen bereitet den Arbeitsmarktpolitikern die Situation auf dem Teilarbeitsmarkt im Büro- und Verwaltungsbereich. Hier schlägt die Rationalisierungswelle nach wie vor voll durch. Daher wird man über kurz oder lang gar nicht umhin können, diesem Personenkreis, der schwieriger zu vermitteln ist als die gewerblichen Arbeitnehmer, mit gezielten Hilfen unter die Arme greifen zu müssen.

Fazit des September: Vom Aufschwung redet man auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr. Das ist bereits eine Selbstverständlichkeit. Der Arbeitsmarkt bewegt sich in positiver Richtung. Düsternis könnten eigentlich nur professionelle Schwarzseher empfinden.
(-/1.10.1976/va/pr/ee)

Image-Harakiri auf dem Bildschirm

Der "schwarze Riese" schrumpfte in der TV-Diskussion auf Kleinformat

Eines zumindest vermag das Medium Fernsehen allemal: Es nimmt Persönlichkeiten die künstlich aufgesetzten, angeschminkten Öffentlichkeitsgesichter ab. Das kann im Glücksfall eine Befreiung bedeuten, meistens ist es jedoch eine Entlarvung. Der Fernsehauftritt der vier Spitzenkandidaten vom Donnerstagabend bestätigte einmal mehr diese Erfahrung.

Wer nach dieser vierstündigen Diskussion noch bereit war, an der charakterlichen Integrität des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl festzuhalten, dem wird wohl nichts anderes übrig geblieben sein, als den Schluß zu ziehen, daß dieser Landespolitiker bereits unter der Bürde des Kanzlerkandidaten zusammengebrochen, aber nie und nimmer aus dem Stoff ist, aus dem die Regierungschefs schwer steuerbarer Industriestaaten vom Kaliber der Bundesrepublik sein müssen. Als es Mitternacht geschlagen hatte, war nichts, auch gar nichts mehr von dem smarten Jungunternehmer-Image vorhanden, das die Werbeberater Dr. Kohl umgehängt hatten. Übriggeblieben war jemand, der einsehen mußte, daß er den Kampf verlor und dem offenbar nur noch die persönliche Attacke auf den Konkurrenten Erleichterung verschaffen konnte.

In der sachlichen Auseinandersetzung hatte er den Part der Union in einem Maße dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß überlassen müssen, das auch die noch Überraschte, die das Kräfteverhältnis in den C-Parteien kennen. Hier war sein Auftritt eine einzige Blamage. Geradezu grotesk mußte jetzt dem Publikum sein wochenlanger Ruf nach einem "Duell" mit dem Kanzler erscheinen. Das Verheerendste für Dr. Kohl war aber, daß er am Ende jegliche Kontenance verlor.

Es ist ihm, wie jedem Bürger, selbstverständlich überlassen, Helmut Schmidt sympathisch oder unsympathisch zu finden, aber es kann nicht angehen, im politischen Kampf um das Amt des Regierungschefs vor den Augen der Nation den Inhaber dieses Amtes im emotionalisierten Stil einer Hinterhof-Auseinandersetzung persönlich anzugreifen. Wenn Dr. Helmut Kohl subjektiv meint, der Kanzler habe ihm gegenüber "kaum mehr überbietbare Arroganz" an den Tag gelegt, so ist das etwas, womit er als Persönlichkeit und Politiker zurechtkommen muß. Empörung darüber jedoch peinlich larmoyant zu verbalisieren, ist nicht nur abgeschmackt, sondern auch für einen Spitzenpolitiker absolut disqualifizierend. Stil und Format und somit Leistungsfähigkeit sind hier nicht voneinander zu trennen.

Der CDU-Chef und Unions-Kanzlerkandidat Dr. Helmut Kohl hat sich nicht gescheut, die zutiefst unwahre und verhetzende Parole von der Pseudo-Alternative "Freiheit oder Sozialismus" von den Scharfmachern in seinem Lager zu übernehmen. Er hat damit die Atmosphäre dieses Wahlkampfes, der vom Kanzler nach Bekunden neutraler Beobachter eher unterkühlt begonnen worden war, vergiftet. Er hat keinen Grund, darüber zu klagen, daß ihm "menschliche Solidarität" vorenthalten worden sei. Der Wahlkampf, den er sich von den Ultra-konservativen aufdrängen ließ, war auf Rufmord am politischen Konkurrenten angelegt und wird auf seine Urheber und Mittäter zurückschlagen. Dr. Kohl indessen hat vor aller Augen selbst die Axt an seine Reputation als potentieller Bundeskanzler gelegt.

Claus Preller
(-/1. 10. 1976/vo/pt/ee)

+ + +

Die Rechnung für Biedenkopfs Demagogie

CDU-Betriebsrat verließ unter Protest die Kohl-Partei

Von Hermann Heinemann

Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen und
Mitglied des SPD-Vorstands

Wie tief die Verunsicherung in der CDU-Arbeitnehmerschaft ist, die der CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf mit seinem Propagandafeldzug gegen die Gewerkschaften angerichtet hat, zeigt der Austritt des Betriebsrates der Schachtanlage Heinrich Robert in Hamm aus der CDU. Daß Biedenkopf noch einen schlagenden Beweis für die Unglaubwürdigkeit seiner Behauptungen und Beschimpfungen nötig hat, ist kaum anzunehmen. Oder aber nimmt er seine Parteimitglieder nicht ernst? Dann allerdings sollte er sein Amt als "Generalsekretär" der CDU schleunigst zurückgeben.

Was war in Hamm geschehen? Dem Betriebsratsmitglied auf der Schachtanlage Robert Heinrich, Hans Lienemann, wurde am 20. September von Mitgliedern der Hammer CDU vorgeworfen, er habe sich parteischädigend verhalten. Der Grund: Er hat gemeinsam mit allen Betriebsratsmitgliedern der Schachtanlage eine Gegendokumentation unterschrieben, die nach dem Erscheinen der angeblichen Dokumentation des CDU-Generalsekretärs verfaßt worden war. Nach diesem Gespräch schrieb Lienemann einen Brief an die CDU-Geschäftsstelle in Hamm und kündigte "mit sofortiger Wirkung" seine Mitgliedschaft in der Union. In der Begründung für seinen Austritt führt Lienemann an:

"Der Betriebsrat verfaßte eine Gegendarstellung, die ich mit gutem Gewissen unterschreiben konnte. Ich muß dazu sagen, daß das Verhältnis des Betriebsrates von gegenseitiger Toleranz geprägt ist. Bei uns entscheidet nicht das Parteibuch, sondern der Einsatz für die sozialen Belange der Belegschaft, den jeder einzelne bringt." Und weiter heißt es in dem Schreiben: "Ich sehe darin kein parteischädigendes Verhalten, da ich der Meinung bin, daß sich auch in der CDU Leute, die etwas Falsches sagen, kritisieren lassen müssen."

Nun könnte man annehmen, daß gerade die Aussage dieses letzten Satzes von Hans Lienemann dem Generalsekretär und Anwalt des Reviers von eigenen

Gnaden sehr willkommen sein müßte, weil gerade er doch immer wieder beklagt, es gebe keine Kritik im Revier, weil Gewerkschaften und SPD angeblich die Meinungen unterdrücken. Das Gegenteil ist der Fall. Prof. Biedenkopf hat nichts anderes zu tun, als weiterhin Unwahrheiten zu behaupten, obwohl gerichtlich festgestellt wurde, daß seine angeblichen Belege für seine Behauptungen über das Verhalten von Betriebsratsmitgliedern in den Betrieben nicht der Nachprüfung standhalten können.

Der CDU-Generalsekretär, der sich im Wahlkampf gern als Rosenkavalier gibt, hat ganz offensichtlich ein gestörtes Verhältnis zur Wirklichkeit. Um das ganz deutlich zu sagen: Biedenkopf mißachtet die Gerichte und deren Entscheidungen. Was dies für einen Rechtsstaat bedeutet, dürfte klar sein: Demontage auch der rechtlichen Möglichkeiten, die jedem Bürger und jeder Bürgerin in diesem Staat zustehen. Er selber hat von sich gesagt, "er sei doch kein Prozeßhansel". Gut, daß er das gesagt hat: Man wird sich diesen Ausspruch merken müssen.

Es ist nicht damit getan, den Biedenkopf rechts liegen zu lassen. Das sollte uns allen bewußt sein, auch über den 3. Oktober hinaus: Was Biedenkopf und seine Hilfetruppen im Ruhrgebiet mit ihren ungerechtfertigten und nicht beweisfähigen Angriffen gegen eine bewährte gesellschaftspolitische Struktur in diesem Raum angerichtet haben, gefährdet nicht nur den sozialen Frieden, sondern geht an die Fundamente des demokratischen Rechtsstaates und seiner Verfassung.

In einer Wahlwerbung der CDU, die am 3. September im Rundfunk ausgestrahlt wurde, sagt Biedenkopf: "Ich glaube, man kann nie genug lernen in seinem Leben." Recht hat er. Nach dem 3. Oktober wird er die Rechnung für seine Demagogie erhalten. Ob er sich dann wohl auf die harten Schulbänke setzt?
(-/1.10.1976/va/pr)

+ + +

Ein Kämpfer für Freiheit und Demokratie

Der Sozialdemokrat Fritz Eberhard wird 80 Jahre

Prof. Dr. Fritz Eberhard feiert am 2. Oktober seinen 80. Geburtstag. Anlaß genug, einer Persönlichkeit, die sich im Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie verdient gemacht hat, Dank zu sagen. Schon in den 20er Jahren engagierte sich der gebürtige Dresdner in der SPD, nicht im Sinne eines sozialistischen Revolutionärs, sondern eines sozialen Reformers. Dieser Aufgabe ist er sich bis heute treu geblieben.

Von 1933 bis 1937 arbeitete Eberhard illegal in Deutschland, wobei es ihm gelang, sich durch Namensänderung einem Haftbefehl jahrelang zu entziehen. Bei seinem Kampf gegen Hitler und NS-Deutschland hielt er durch zahlreiche Auslandsreisen, gestützt von der Internationalen Transportarbeiterföderation, Kontakt zwischen deutschen Widerstandskämpfern und dem Ausland. Anfang 1938 mußte der promovierte Volkswirt dann wegen der immer stärkeren und lebensbedrohenden Verfolgung durch die Gestapo nach Großbritannien gehen, wo er seinen politisch-publizistischen Kampf gegen Hitler in Verbindung mit dem Kampf für einen erträglichen Frieden für Deutschland konsequent fortsetzte.

Nach seiner Rückkehr aus der Emigration wurde Fritz Eberhard 1945 Programmberater bei "Radio Stuttgart", SPD-Abgeordneter im badisch-württembergischen Landtag, Herausgeber der "Stuttgarter Rundschau" und schließlich 1947 Staatssekretär der Stuttgarter Landesregierung mit dem Sonderauftrag, alle Fragen einer künftigen Friedensregelung für Deutschland vorzubereiten. Hierzu gründete er das "Deutsche Büro für Friedensfragen". Von 1948 bis 1949 gehörte er dem Parlamentarischen Rat an, wo er vor allem an den völkerrechtlichen und sozialpolitischen Passagen des Grundgesetzes mitwirkte.

Im Jahre 1949 wurde Fritz Eberhard Intendant des Süddeutschen Rundfunks. Damals formulierte er seinen Auftrag mit den Worten, "dafür zu arbeiten, daß der Ruf wahr werde: Nie wieder Krieg! Nie wieder Diktatur einer Partei!". Eine Aufgabe, für die er auch heute noch streitet. 1961 erhielt er den Ruf als Professor an die Freie Universität Berlin, wo er das Institut für Publizistik bis 1968 leitete und heute immer noch lehrt. Tausende von Publizistik-Studenten haben ihn als Wissenschaftler und Menschen ehren und schätzen gelernt, als unerschrockenen Kämpfer für Pressefreiheit und -vielfalt, der immer wieder betonte: "Wenn die Demokratie in Deutschland wirklich Wurzel fassen soll, brauchen wir Staatsbürger, die selber denken."

Die Erziehung zum selbständigen Denken und zur Wahrheit war und ist ihm ein Hauptanliegen. Dafür arbeitete und arbeitet er unermüdlich, ohne sich von Diffamierungen und Verunglimpfungen, denen er wiederholt ausgesetzt war, einschüchtern zu lassen. Bleibt der Wunsch, daß Fritz Eberhard uns noch lange als Kämpfer für mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie zur Seite steht.

Gode Japs
(-/1.10.1976/va/pr/ea)

+ + +